

Antrag der Fraktion der FDP**Smart begleitet per App – für mehr Unterstützung bei geschlechterspezifischer Gewalt**

Immer wieder sind Frauen und marginalisierte Gruppen in Bremen und Bremerhaven von Belästigungen, Diskriminierungen oder sogar Übergriffen betroffen. Häufig ist es der Heimweg nach einer Feier, der für viele mit einem mulmigen Gefühl verbunden ist. Klassiker unter den Orten, die Angst und Unsicherheit im öffentlichen Raum auslösen und deshalb als Angsträume bezeichnet werden, sind dunkle, leere Straßen und Plätze oder Parkgaragen. Doch auch belebte Orte bieten keinen Schutz vor Gewalt, Übergriffen oder verbaler sexueller Belästigung.

Im März 2023 hat der Landessportbund Bremen sichere Wege für Frauen gefordert und auf eine einsetzende Vermeidungskultur aufmerksam gemacht. Diese habe dazu geführt, dass laut Landessportbund Bremen viele Frauen nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr aus dem Haus gingen, wodurch ihnen die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben genommen werde.

Medial ging im Sommer 2025 das Erlebnis einer Frau, die sich nach dem Besuch der Breminale auf dem Heimweg befand und von einem Fremden angesprochen und verfolgt wurde. Den Vorfall hat sie gefilmt – zur Sicherheit und zur Warnung. In einem buten & binnen Interview vom 13. Juli 2025 heißt es, ihr Smartphone sei ihr Schutz gewesen.

Wie verfestigt geschlechterspezifische Gewalt in unserer Gesellschaft ist, zeigen alljährlich auch die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik, die allerdings nur angezeigte Straftaten erfasst. Es ist davon auszugehen, dass das Dunkelfeld nicht angezeigter Taten deutlich größer ist.

Neben der bekannten Notfallnummer der Polizei gibt es Schutz- und Hilfsangebote, wie das deutschlandweite Heimwegtelefon, die Hilfehotline von Gewalt gegen Frauen oder den Notruf Bremen zur psychologischen Beratung bei sexualisierter Gewalt. Im Bremer Viertel sorgen darüber hinaus am Wochenende so genannte Awareness-Teams für mehr Sicherheit und Achtsamkeit. Sie sind zwischen 22 Uhr und 4 Uhr unterwegs und helfen

Menschen, die Unterstützung benötigen. Ein weiteres Projekt ist „Kennst Du Mika?“, bei dem Betroffene über die Codewort-Frage der Security oder dem Theken-Personal signalisieren, dass sie sich in einer Notlage befinden.

Vielleicht aus Unkenntnis der Angebote oder wegen der Unmittelbarkeit der Situation und Hürden bei der Zugänglichkeit: Die Betroffene des Breminale-Vorfalles hat kein bestehendes Hilfsangebot genutzt. Ihr Agieren zeigt vielmehr: Das Smartphone kann in solchen Situationen wichtige Funktionen übernehmen – nicht nur beim Dokumentieren und Abschrecken, sondern zum Navigieren und beispielsweise Teilen des Live-Standorts sowie beim Alarmieren und Anfordern von Unterstützung.

Begleit-Apps, die diese Funktionen vereinen, existieren bereits. Sie ermöglichen eine telefonische oder virtuelle Begleitung, das Absetzen eines (stillen) Notrufs oder das Teilen des Standorts mit Freunden, anderen Nutzern der App oder der Polizei. Auch wenn die Verantwortung für die Sicherheit nach wie vor bei den Betroffenen liegt: Die Nutzer sind dennoch dankbar über das Angebot und sehen darin eine sinnvolle Ergänzung, so lange Angsträume und das Gefühl von Unsicherheit weiter bestehen.

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns als FDP-Fraktion für die Einführung einer kostenlosen, appbasierten Anwendung für Bremen und Bremerhaven nach dem Vorbild von Hilfs-/Begleit-Apps und deren Verzahnung mit bestehenden Unterstützungs- und Hilfsangeboten vor Ort ein.

Zum einen sollen durch den niedrighschwelligen Zugang mit einer App mehr Menschen erreicht sowie die Bekanntheit und Akzeptanz der Präventions- und Unterstützungsangebote insgesamt gesteigert werden. Zum anderen soll durch die Vernetzung der Angebote eine konsequente und bedarfsorientierte Weiterentwicklung des Hilfesystems ermöglicht werden. So kann die App beispielsweise anonymisiert Daten liefern, wo und wann öffentliche Räume besonders häufig als belastend empfunden werden. Damit entsteht eine Grundlage für Verbesserungen zu sorgen, wie beispielsweise durch bessere Beleuchtung oder mehr Polizeipräsenz.

Eine appbasierte Anwendung mit der Möglichkeit, einen stillen Notruf in akuten Gefahrensituationen abzusetzen, ist darüber hinaus ein niedrighschwelliges Werkzeug zur Eindämmung und Ahndung häuslicher Gewalt und kann dazu beitragen, dass Dunkelfeld zu erhellen und mehr Fälle sexualisierter Gewalt zur Anzeige zu bringen. Zudem können in der App gezielt Kontakte und Informationen zu Beratungsangeboten, aber auch zu Kampagnen, wie aktuell des Landessportbunds Bremen gegen sexualisierte Gewalt im Sport, zur Verfügung gestellt werden und Vermittlungen ins Hilfesystem erfolgen.

Ein solch umfassender Wegweiser wäre das richtige Signal, um Betroffenen von Gewalt, Belästigung, Diskriminierung oder in anderen Notlagen niedrighschwellig Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen. Die

Fortschreibung des Landesaktionsplans „Istanbul-Konvention umsetzen“ bietet zudem die Möglichkeit, die Konzipierung einer entsprechenden App für das Land Bremen – eventuell in Kooperation mit Niedersachsen – auf den Weg zu bringen und als weitere Maßnahme zu verankern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine appbasierte Anwendung zur smarten Begleitung und Unterstützung von Frauen und marginalisierten Gruppen zum Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt im Land Bremen auf den Weg zu bringen und mit bestehenden Präventions- und Unterstützungsangeboten vor Ort zu verzahnen;
 - a) Die Anwendung soll dabei folgende Funktionen beinhalten:
 - Notruf-Integration,
 - Standort-Share,
 - Virtuelle oder telefonische Begleitung mit geschultem Personal,
 - Awareness-Funktion mit Informationen zu aktuellen Risiken und Hilfsangeboten in der Umgebung,
 - Hilfesystem-Funktion mit Informationen zu Unterstützungsangeboten und Einrichtungen,
 - Feedback-System zur Systemverbesserung.
 - b) zu prüfen, ob eine solche App in Kooperation mit Niedersachsen umgesetzt werden kann.
2. die Einführung einer App zur smarten Begleitung und Unterstützung von Frauen und marginalisierten Gruppen zum Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt im Land Bremen in der Fortschreibung des Landesaktionsplans „Istanbul-Konvention umsetzen“ als Maßnahme festzuschreiben;
3. den Start der App mit einer langfristig angelegten, landesweiten Kampagne zu begleiten, die auf die Präventions- und Unterstützungsangebote hinweist;
4. Gespräche mit der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie dem Senator für Inneres und Sport zur Sicherstellung der Finanzierung

sowie zur Federführung der Präventions- und Unterstützungsangebote insgesamt zu führen;

5. dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung zum Umsetzungsstand und danach fortlaufend zu berichten.

Gökhan Brandt, Thore Schäck und Fraktion der FDP